

Analysen, sozioethische Bewertungen und Herausforderungen in der globalisierten Arbeitswelt.

Fachtagung von Weltnotwerk der KAB, KAB Deutschland und der Bischöflichen Aktion Adveniat

Faire Arbeit.Würde.Helfen
Haltern am 9.12.2017

Kaum ein Wort von Papst Franziskus hat die Öffentlichkeit jedenfalls in Deutschland derart erregt, wie der Satz „Diese Wirtschaft tötet“. Eine der wichtigsten Zeitungen in Deutschland, DIE ZEIT, rief auf: „Franziskus kritisiert in seinem Lehrschreiben den Kapitalismus. Auch Christen sind gut beraten, ihm da nicht zu folgen.“¹ In der Süddeutschen Zeitung reagiert der Leiter der Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung Marc Beise ungehalten: „Drei Wörter: ‚Diese Wirtschaft tötet‘, härter geht das nicht. Falscher auch nicht.“² Die einhellige Meinung war: Der Papst versteht nichts von Wirtschaft, er beurteilt die Wirtschaft nur aus der Perspektive seines Heimatlandes in Lateinamerika. Rainer Hank von der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung meinte, der Papst habe trotz der starken Worte aber im Grunde nichts anzubieten außer das „Konzept Mutter Teresa in Kalkutta“ - also Barmherzigkeit und Almosen. Und dann bringt er seine Grundkritik auf den Punkt: „Dass es zur Überwindung der Armut Marktwirtschaft und Kapitalismus braucht, kann dieser Papst nicht sehen.“³ Nur dort, wo der Kapitalismus herrscht, werde Armut, Arbeitslosigkeit und Not beseitigt. Der Papst begreift also nicht, dass in der Welt Armut nicht durch Almosen zu bekämpfen sei.

I. Gespaltene Globalisierung

Es gibt eine Erfolgsmeldung: Im September 2000 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen feierlich die sogenannten Millennium Development Goals. Das wichtigste Ziel war die Halbierung des Anteils der Armen an der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2015. Das Ziel wurde bereits 2010 erreicht – fünf Jahre früher als vorgesehen. Die Ökonomen sind euphorisch. Die Welt ist heute global in einem besseren Zustand als noch vor zwanzig Jahren.

„Diese Wirtschaft tötet.“ So urteilt er Papst Franziskus über sozioökonomische Verhältnisse, denen sich die Mehrheit der Menschen und auch viele Christen wie einem unabwendbaren Schicksal ausgeliefert sehen. Dieser Wirtschaft setzt der Papst ein vierfaches radikales Nein entgegen: Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung, Nein zur neuen Vergötterung des Geldes, Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen und Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt. Die weltweite Armut und Entwürdigung der Arbeit ist kein Kollateralschaden, der durch ein paar Reformen zu beheben wäre, sondern Ausdruck eines Systems, das nach dem Papst „an der Wurzel ungerecht ist“ (EG 59). Er spricht in der Enzyklika „Laudato

¹ DIE ZEIT 20.12.2013

² SZ vom 30.11.2013

³ FAS vom 1.12.2013

si” von einer komplexe sozio-ökologischen Krise. Die Welt ist zwischen Arm und Reich gespalten und steckt in einer ökologischen Krise. Armut, unwürdige Arbeitsverhältnisse und ökologische Zerstörungen sind systemische Folgen eines ungerechten Systems.

Die Medien und auch Teile der Kirchen haben sich hauptsächlich an den Äußerungen des Papstes auf den wenigen kapitalismuskritischen Seiten am Schreiben Evangelii Gaudium gerieben, aber das Hauptanliegen überlesen. Sein Hauptanliegen ist es, die Lage der Menschen von unter her anzuschauen. Die Christen sollen den Schrei der Armen hören. Es ist der Schrei der Armen und Arbeiter, die zu Hungerlöhnen arbeiten müssen, der Arbeiter, die als Migrant*innen weltweit auf der Suche nach Arbeit sind, oder die ohne ausreichende soziale Sicherheit leben oder gar arbeitslos sind. Es ist der Schrei der Arbeitslosen, die man nicht mehr braucht. Diese Schreie sind nicht nur im Süden zu hören, sondern auch im Norden. Diese überflüssig gemachten Menschen, die Arbeit, die von ihrem Lohn nicht leben können, die Arbeitslosen und die Armen sind der Maßstab, an dem sich die Gerechtigkeit eines Wirtschaftssystems entscheidet. Es ist diese Option für die Armen, mit der Papst Franziskus sich der Wirklichkeit der Menschen nähert. Diese Perspektive illustriert ein Abschnitt aus der Schreiben „Evangelii Gaudium“:

„Ebenso wie das Gebot ‚du sollst nicht töten‘ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein ‚Nein zu einer Wirtschaft der Ausschliessung und der Disparität der Einkommen‘ sagen. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung.“ (EG 53)

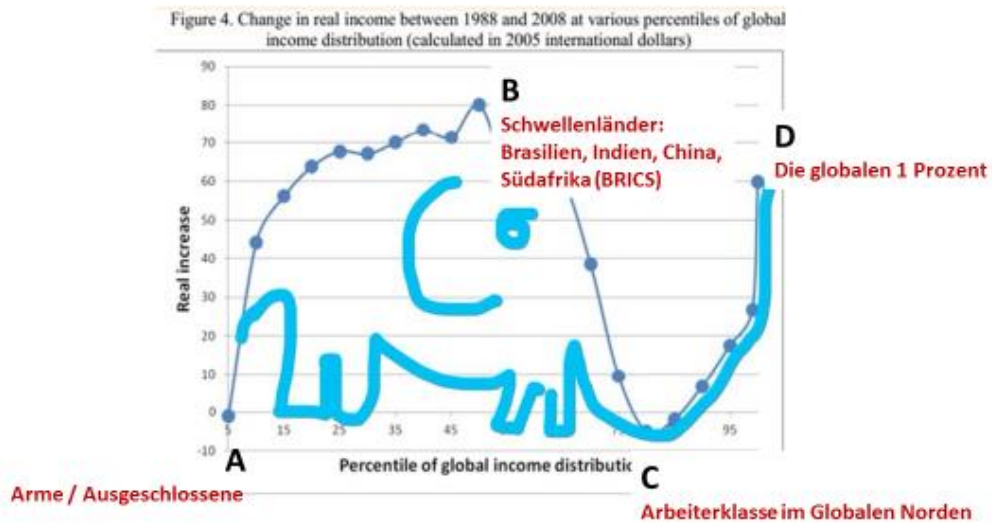
Maßstab ist nicht das Wirtschaftswachstum oder die Börsenkurse. Der Wirtschaft geht es nur dann gut, wenn sie dazu beiträgt, dass Menschen in Sicherheit leben können und gute Arbeit haben, von der sie in Würde leben können. Der Mensch und seine Würde sind das Wahrheitskriterium, an dem sich ein Wirtschaftssystem und seine Effizienz messen lassen müssen. „Die Ausgeschlossenen sind nicht ‚Ausgebeutete‘, sondern ‚Müll‘, ‚Abfall‘.“ (EG 57) Gegen die Exklusionsdynamiken der Wirtschaft pocht „Evangelii Gaudium“ auf das Recht aller auf Würde und Beteiligung. Die menschenrechtliche Grundüberzeugung der gleichen Würde aller, die jeder Differenzierung nach Begabung, Geschlecht oder Rasse vorausliegt, wird zu einem Wahrheitskriterium für eine Wirtschafts- und Sozialordnung.

Diese Sicht des Papstes wird von einer Seite geteilt, von der man es nicht vermutet hätte. Beim World Economic Forum in Davos im Jahr 2017 gaben Politiker und Wirtschaftsführer zu, dass die Globalisierung allen Grund zur Sorgen gibt. Deshalb wurde ein eigenes Diskussionsforum zum Thema „Die Rebellion der Vergessenen“ organisiert.⁴ Guy Standing, Professor für Entwicklungsstudien an der Universität London, prangert in einem offiziellen Dokument des Weltwirtschaftsforums die global wachsende Ungerechtigkeit an. Sie hat dazu geführt, dass eine neue globale Klasse entstanden sei: Menschen, die prekär leben und arbeiten. Für immer mehr Menschen ist die Arbeit dereguliert und sozial unsichert worden. Der Arbeitslohn reicht dann nicht mehr zum Leben. Auf der anderen Seite aber steigen auch die überdurchschnittlich hohen Einkommen. Diese Gruppe zählen zu den Gewinnern der Globalisierung. Guy Standing geht davon aus, dass die Wut auf die Eliten steigen werde. Er erwartet „ein Zeitalter des Zorns“.

Der weltbekannte Ökonom Branko Milanovic, der viele Jahre in der Weltbank gearbeitet hatte, hat eine aufschlussreiche Studie vorgelegt. Er hat darin nicht nur die nationale Entwicklung der

⁴ <https://www.weforum.org/events/world-economic-forum-annual-meeting-2017/sessions/rebellion-of-the-forgotten-or-politics-of-fear>

Einkommen betrachtet, sondern wie sich die Einkommen global in den Jahren 1988 bis 2008 entwickelt haben. Die Ergebnisse hat er in den Umrissen eines Elefanten dargestellt, die schematisch die Entwicklung der Realeinkommen zeigt.



Branko Milanović, Die ungleiche Welt 2016

Diese Grafik mit den Umrissen eines Elefanten zeigt die Entwicklung der Realeinkommen Haushalte der Weltbevölkerung in den Jahren von 1988 bis 2008, jeweils unterteilt in Einkommensgruppen in Prozentschritten. Links sind die global ärmsten Einkommen und ganz rechts die reichsten dieser Welt, und mit großen Schwüngen nach oben und nach unten, die breite Mitte, die in den ärmeren Länder weiter links, die in den reicheren weiter rechts.

Der Elefant zeigt drei unterschiedliche brisante Entwicklungen:

1. Punkt B ist die Mitte. Rechts davon ist die reichere Hälfte der Weltbevölkerung, links die ärmere. Wer sind die Nutznießer und Gewinner der Globalisierung? Bei den unteren 45 / 50 Prozent der Weltbevölkerung ging es aufwärts. Diese Gruppen zwischen Punkt A und B ist die neue globale Mittelklasse. Sie sind sie zwar immer noch ärmer als die Arbeiter in den reichen Norden, doch sie sind die neuen Mittelschichten in Ländern wie China, Indien, Brasilien. Deren Realeinkommen sind um 60, 70, ja 80 Prozent gestiegen. Sie sind die Gewinner der Globalisierung.
2. Stirn und Rüssel des Elefanten zeigen das sinkende Einkommen der Bevölkerung von der Mitte bei Punkt B zu Punkt C. Es ist die untere Mittelschicht der Arbeiter im globalen Norden, besonders in den USA, Großbritannien und auch Deutschland. Sie sind zwar immer noch reicher als die wachsende Mittelschicht im Süden, doch ihr Einkommen ist ab den Jahren von 1988 gesunken. Sie sind die Verlierer der Globalisierung. So haben im reichen Deutschland die unteren 40 Prozent der Beschäftigten heute ein niedrigeres Einkommen als 1991.
3. Die größten Verlierer aber sind weltweit die Armen am unteren Rand der Gesellschaft (Punkt A), aber auch die Arbeiter- und Mittelklasse im Globalen Norden an Punkt C. Die Auswirkungen sind in den Wahl von Präsident Trump, im Brexit in Großbritannien oder den Wahlerfolgen der AfD zu besichtigen. Dieses Auf und Ab am Rücken des Elefanten und hinunter zum Rüssel zeigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiter in der alten reichen Welt und die wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiter in den aufstrebenden Ländern auseinander laufen. Das hat Folgen für die internationale Solidarität!

5. Punkt D zeigt die globalen Gewinner: Das ist das oberste eine Prozent. Sie haben ihr Einkommen seit 1988 um 60 Prozent gesteigert. Sie sind die absoluten Gewinner der Globalisierung. Die Globalisierung kommt den Superreichen zugute. Sie sind eine neue Klasse: die globale Plutokratie.

Solch dramatische Veränderungen der relativen Einkommenspositionen über eine so kurze Zeit in nur zwanzig Jahren hat es noch nie in der Geschichte seit der Industriellen Revolution vor zweihundert Jahren gegeben. Größte Verlierer sind die die Industriearbeiter in den USA. Seit 1980 haben Konzerne wie General Motors, Ford oder Chrysler zwei von fünf Arbeitsplätzen abgebaut. Die arbeitslosen Automobilarbeiter profitieren zwar von billigeren T-Shirts oder Konsumgüter aus der ganzen Welt, doch sie haben mit ihrer Arbeit auch die Wertschätzung verloren. Die Mittelschichten sind die den USA von 32 Prozent auf 27 Prozent geschrumpft – das sind über zwanzig Prozent.

Die Elefantenkurve zeigt aber unzweideutig, dass die Globalisierung diese Welt in Gewinner und Verlierer gespalten hat. Verlierer gibt es im Globalen Süden und im Globalen Norden, wie es auch Gewinner im Globalen Norden und Globalen Süden gibt. Das Versprechen der Globalisierung vom Wohlstand für alle hat sich nicht erfüllt. Gemessen an ihren eigenen Maßstäben ist die Globalisierung gescheitert. Sie hat global „überflüssige Menschen“ geschaffen, die vor Ort nicht mehr gebraucht werden. Sie suchen jetzt Zuflucht in den ökonomischen Zentren. Der britische Philosoph Zygmunt Baumann nennt diese Migranten eine „Verkörperung des Kollaps der Weltordnung“⁵. Die Verlierer reagieren mit Unmut auf die gescheiterte Globalisierung. So wächst in den USA, Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland und anderen europäischen Ländern der Rechtsextremismus, der die Fremden für diese Entwicklung verantwortlich macht. Dabei sollte sich die Wut nicht gegen die armen Fremden richten sondern gegeben jene, die diese Ungleichheit zu ihrem Vorteil gemacht haben. Manche erkennen im Aufkommen des Rechtsradikalismus eine Revolte der Abgehängten der Globalisierung. Die neoliberale Globalisierung hat eine Welt für Investoren geschaffen, aber nicht Menschenrechte und Gerechtigkeit globalisiert.

Lange konnte sich Europa vor den Folgen der gescheiterten Globalisierung im Globalen Süden abschirmen. Doch jetzt kommt diese gescheiterte Globalisierung auch im globalen Norden an. Die Arbeitsmigranten und Flüchtlinge klopfen an die Tür Europas und konfrontieren den globalen Norden mit den Folgen ihres eigenen Konzeptes der Globalisierung.

Im Jahr 2017 hatte nur kurz vor dem Weltwirtschaftsforum in Davoser die Britische Hilfsorganisation Oxfam ihren neuen Bericht mit dem bezeichnenden Titel „Eine Ökonomie für die 99 Prozent“ veröffentlicht. Der Bericht beklagt:

- „Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung verfügt über ein größeres Vermögen als der Rest der Weltbevölkerung.
- Acht Menschen haben ein größeres Vermögen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.“⁶

Nach einer Untersuchung der Ökonomen Thomas Piketty flossen global von jedem Dollar Netto-Einkommenszuwachs in den Jahren zwischen 1976 und 2007 mehr als die Hälfte, nämlich 58 Cent, allein an die obersten ein Prozent der Haushalte, der gesamte Einkommenszuwachs ging an die obersten 10 Prozent.⁷ Es waren Goldene Jahre für die globale Elite. Im Bild gesprochen: Der Rüssel des Elefanten ragt immer steiler und immer weiter nach oben. Das

⁵ New York Times, May 2nd 2016

⁶ <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/soziale-ungleichheit>

⁷ <http://www.euroexit.org/index.php/manifest-2/>

obere eine Prozent eignet sich immer mehr an. Wir leben in einem „oligarchischen Kapitalismus“. Andere sprechen von „neofeudalen Verhältnissen“, die eine Sonderwelt der Superreichen geschaffen haben. Hans Jürgen Krysmanski spricht von einem „Imperium der Milliardäre“⁸.

Die politischen Folgen der Vermögenden sollen hier nicht Gegenstand sein. Aber die massive Bereicherung der globalen ein Prozent ist kein Nullsummenspiel. Sie resultiert aus einer Umverteilung, die Verlierer verursacht. Von zentraler Bedeutung ist eine Globalisierung, die dazu geführt hat, dass weltweit eine schier unbegrenzte Zahl billiger Arbeitskräfte global miteinander in Konkurrenz steht. Vor der Öffnung der globalen Märkte und der Globalisierung lebten in den Arbeitsmärkten jener Wirtschaften, die für Handel und Investitionen offen standen, etwa 1 Mrd. Arbeiter. Seit 1989 hat sich die Zahl der global zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte verdreifacht. Und alle Länder, die jeweils neu hinzukamen, wollten jeweils mit niedrigeren Löhnen und schlechteren Sozial- und Arbeitsstandards einzusteigen und ohne die Rechte und den Schutz, den sich die Arbeiter im Globalen Norden erkämpft hatten. Deshalb werden sie oft als Bedrohung für die organisierten Arbeiter des Nordens wahrgenommen.

Die globale Ausweitung des Arbeitskräfteangebots hat die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften geschwächt und die Kapitaleigner und Investoren gestärkt. Natürlich gibt es immer noch feudale Arbeitsverhältnisse, wo Campesinos wie ehemals in feudalen Zeiten von Großgrundbesitzern ausgebeutet werden. Doch was heute an unwürdiger Arbeit in der globalisierten Ökonomie beklagt wird, sind global hochmoderne Arbeitsplätze in den Konzernen und den globalen Wertschöpfungsketten. Die Globalisierung hat nicht die sozialen Rechte globalisiert, welche die Arbeiter im globalen Norden erkämpft hatten. Wir haben es global mit einem Fortschritt zu tun, der den Rückschritt hinter erreichte Sozial- und Arbeitsrechtsstandards in sich trägt.

II. Rück Erinnerung an das Versprechen global geltender sozialer Rechte

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen Menschen wären anders, würden die Menschenrechte beachtet. Dabei war es das Versprechen der Weltgemeinschaft nach dem Schock der Großen Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkrieges, allen Bewohnern dieser Erde eine würdevolle soziale Existenz gerade auch durch soziale Menschenrechte zu schaffen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948 proklamierte aus den unsäglichen Leiderfahrungen einen weltweiten gesellschaftlichen Gegenentwurf. Sie versprach allen Menschen u.a. ein Recht auf soziale Sicherheit, ein Recht auf Arbeit, ein Recht auf einen angemessenen Lohn, befriedigende Arbeitsbedingungen und ein Recht auf Nahrung. Mit diesen Rechten wollte man die Bedingung für eine andere Weltgesellschaft legen. Doch die Wirklichkeit ist mehr denn je von diesem Versprechen entfernt. Arbeitslosigkeit, eine Arbeit, von der man nicht in Würde leben kann, soziale Unsicherheit und prekäre Beschäftigung nehmen zu – in Deutschland und weltweit. Der Kapitalismus hat sich globalisiert. Er hat Wohlstand für einige wenige erzeugt und die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert. Der Klimawandel schreitet fort und bedroht die Grundlagen des Lebens auf dieser Erde. Die Menschenrechte sind immer beides: Das Versprechen, dass jeder Mensch ein Recht auf ein Leben in Würde hat, aber auch ein Kontrapunkt zu den herrschenden Verhältnissen.

Was diese gespaltene Entwicklung der Weltgesellschaft durch die neoliberale Globalisierung wirklich bedeutet, kann man nur ermessen, wenn man auf eine andere Globalisierung zurück geschaut wird. Diese andere Globalisierung ist eine Globalisierung des Rechts und der sozialen Sicherheit für Arbeiter. Sie beginnt mit dem 10. Mai 1944. Mitten im Zweiten Weltkrieg hat die Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Philadelphia die erste Erklärung über die universellen Rechte der Arbeit verkündet. Sie will eine Arbeitswelt schaffen, die auf Recht

⁸ Hans Jürgen Krysmanski, 0,1 Prozent. Das Imperium der Milliardäre, Frankfurt 2012.

und Gerechtigkeit basiert. Diese fast vergessene Erklärung gehört zu den Grundlagentexten der Internationalen Arbeitsorganisation.

In Philadelphia hatte die Konferenz formulierte folgende Leitlinien beschlossen:

- „Arbeit ist keine Ware“
- „Armut, wo immer sie besteht, gefährdet den Wohlstand aller.“
- Gerechtigkeit ist das „Hauptziel innerstaatlicher und internationale Ordnung“;
- Der Kampf gegen die Not muss innerhalb jeder Nation und durch ständiges gemeinsames internationales Vorgehen unermüdlich weitergeführt werden.
- Menschenwürde ist die Grundlage und das Ziel aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungen.

Die ILO zog mit dieser Erklärung Konsequenzen aus den Erfahrungen mit einer freien und deregulierten Weltwirtschaft, die in den Jahren 1929 zu einer katastrophalen Weltwirtschaftskrise mit millionenfacher Arbeitslosigkeit, Armut und Elend geführt hatte. Jede der einzelnen Grundüberzeugungen ist ein klarer Widerspruch zu einer sozial entfesselten Weltwirtschaft.

Der erste Grundsatz lautet: Arbeit ist keine Ware. Das ist eine Grundaussage, die auch zum Grundbestand christlicher Soziallehre gehört. Die Arbeit ist untrennbar mit der Person verbunden und deshalb keine Ware. Die Erklärung von Philadelphia widerspricht klar kapitalistischen Verhältnissen, wo Arbeit wie eine Ware gehandelt wird. Nicht der Markt und nicht der Wettbewerb sind die Grundpfeiler der Wirtschaft, sondern Grundlage ist eine internationale Rechtsordnung, die auf sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde basiert. Die Erklärung von Philadelphia hat Arbeit erstmals zu einer Quelle von Rechten gemacht.

Alle Staaten, die Mitglied der ILO sind, verpflichten sich, folgende Ziele zu fördern:

- Vollbeschäftigung und Verbesserung der Lebenshaltung,
- Gewährleistung eines gerechten Anteils aller an den Früchten des Fortschritts hinsichtlich der Löhne und des Einkommens, der Arbeitszeit und anderer Arbeitsbedingungen
- einen lebensnotwendigen Mindestlohn für alle Arbeitnehmer, die eines solchen Schutzes bedürfen,
- Anerkennung des Rechts zu gewerkschaftlichen Kollektivverhandlungen,
- Ausbau von Maßnahmen der sozialen Sicherheit, ein Mindesteinkommen, angemessene Ernährungs- und Wohnverhältnisse.

Die Erklärung von Philadelphia kann als Geburtsstunde einer sozialstaatlichen völkerrechtlichen Programmatik gelten. Sie führt eine Reihe von Rechten auf und verwendet erstmals die universale Formulierung verwendet: „Alle Menschen, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens und ihres Geschlechts, haben das Recht, materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung in Freiheit und Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen zu erstreben.“ Diese Rechte wurden Teil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948.

Seit 1945 gingen zumindest die reichen Länder des Nordens daran, soziale Rechte abzusichern: 1948 wurden die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet, 1966 die beiden Menschenrechtspakte über bürgerliche und politische Rechte, der Zivilpakt, sowie der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Sozialpakt, verabschiedet werden konnte. Zu den sozialen Rechten gehört das Recht auf Arbeit; das Recht auf einen lebenssichernden Arbeitslohn, das Recht auf menschenwürdige Arbeit, das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Auch die zahlreichen ILO-Übereinkommen gehören zu diesem Aufschwung der Menschenrechte. So gelang es nicht nur, den prekären Charakter von Lohnarbeit

mittels sozialer Rechte zu entschärfen, auch Armut wurde zu einem Phänomen, das es – wenigstens in Zentraleuropa - nur noch jenseits der sozial und tariflich geschützten Arbeit gab.

Die sozialen und arbeitsbezogenen Menschenrechte sind Ausdruck der Empörung über die Verletzung der menschlichen Würde. Menschenrechte sind eine Antwort auf eine Universalität von menschengemachtem Leid und Ungerechtigkeit. Menschenrechte sind das Ergebnis des Kampfes darum, dass die verletzte Würde des Menschen zu ihrem Recht kommen kann. Als 1944 die Erklärung von Philadelphia verabschiedet wurde, waren sich alle beteiligten Arbeitnehmervertreter, Unternehmer, Minister und Präsidenten einig: Jeder Arbeiter hat das Recht auf Rechte wie das Recht auf soziale Sicherheit. Zwischen 1940 und 1980 herrschte insgesamt in den OECD-Staaten ein breiter Konsens, bis es zu seiner weitgehenden Ablösung durch die neoliberale Gegenrevolution durch Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA kam.

Leitbild der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung von Philadelphia war nicht der Wettbewerb zwischen den Nationen sondern engste wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Nationen für bessere Arbeitsbedingungen, wirtschaftlicher Ausgleich, Schutz der Arbeitenden und soziale Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Doch dieser Konsens wurde aufgekündigt. Es kam zu einer regelrechten Umkehr. Die neoliberale Globalisierung inszenierte einen globalen Wettbewerb um niedrigere soziale und rechtliche Standards. Arbeit ist wieder zu einer Ware geworden. Sie gilt als Kostenfaktor, der möglichst gering gehalten werden soll. Symbolisch für diese Umkehrung ist die Verleihung des Nobelpreises im Jahr 1969 an die ILO und im Jahr 1976 an den neoliberalen Ökonomen Milton Friedman, der Berater des Diktators Pinochets war. Seit Mitte der 70er Jahre findet eine neoliberale Rechtsentwicklung statt. Die sozialen Rechte werden politisch gezielt dereguliert und die Rechte für Investoren gestärkt. Allein im Jahr 2008 zählte die ILO mehr als 400 Änderungen nationaler Arbeitsmarktregeln. Hatte die ILO von 1945 bis zum 1989 noch über 102 internationale Übereinkommen verabschiedet, so waren es seit 1989 lediglich 200. Während auf nationaler Ebene immer mehr dereguliert wurde, wurden die internationalen Regulierungen immer weniger. Diese Maßnahmen folgen immer dem gleichen Rezept: Arbeitskräfte sollen billiger und flexibler werden. Die Regierungen scheuen nicht einmal mehr davor zurück, offen gegen die ILO-Konventionen zu verstoßen. So hat die Europäische Union von Griechenland und Portugal gefordert, die rechtlich bindenden Tarifverträge und Mindestlöhne außer Kraft zu setzen. Die Folge war, dass die Löhne in diesen Ländern im Rahmen der Austeritätspolitik im Schnitt um 23 Prozent gesunken sind. Gleiches geschieht derzeit in Brasilien: Die neuen Arbeitsgesetze der Regierung Temer verstoßen gegen die geltenden Arbeitsrechte von 1943 (CLT), gegen die Verfassung von 1988 und gegen die Konventionen der ILO, die Brasilien unterzeichnet hat. Gegen dieses Vorgehen hat die ILO Beschwerde eingelegt.

Die internationalen Institutionen wie der IWF oder WTO sind rechtspolitisch umgebaut worden: Sie schützen die global tätigen Konzerne, nicht aber die sozialen Rechte der Arbeiter. Soziale Rechte wie ein lebensnotwendiger Mindestlohn, gerechter Anteil an der Wertschöpfung, sozial abgesicherte Arbeit, geregelte Arbeitszeiten oder das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung gelten als Markthindernis. Die Globalisierung ist also kein Naturereignis, sondern wurde politisch und rechtlich so gemacht, wie sie ist. Es gibt einen Vorrang der Politik: Sie hat politisch die Rechte der Kapitaleigner und Investoren gestärkt. Sie hat Arbeit wieder zu einer Ware gemacht, auf die Konzerne jetzt global zugreifen können.

Bis heute hat die ILO rund 190 weltweit gültige, rechtsverbindliche Übereinkommen und rund 200 rechtlich nicht bindende Empfehlungen zur Gestaltung von Arbeitsbedingungen geschaffen. Doch ist die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist so groß wie in keinem anderen Rechtsgebiet. 1998 brach die ILO mit der Tradition der Gleichrangigkeit aller ILO Übereinkommen und stellte vier Grundprinzipien heraus, die für alle Mitglieder verbindlich sind. Sie bilden das Kraftzentrum der ILO:

- Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen
- Beseitigung der Zwangsarbeit
- Abschaffung der Kinderarbeit
- Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

Diese Grundprinzipien haben in acht Übereinkommen, die auch als Kernarbeitsnormen bezeichnet werden, ihre konkrete Ausgestaltung erfahren:

- Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes (ILO-Übereinkommen 87, 1948)
- Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen (ILO-Übereinkommen 98, 1949)
- ILO-Übereinkommen 29: Verbot der Zwangsarbeit, 1930
- Abschaffung der Zwangsarbeit (ILO-Übereinkommen 105, 1957)
- Gleichheit des Entgelts (ILO-Übereinkommen 100, 1951)
- Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (ILO-Übereinkommen 111, 1958)
- Mindestalter (ILO-Übereinkommen 138, 1973)
- Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (ILO- Übereinkommen 182, 1999).

Die Kernarbeitsnormen bestimmen eine für alle geltende Grenze. Dadurch wollen sie eine destruktive Abwärtsentwicklung in einem Dumpingwettbewerb verhindern. Sie stärken die Gegenmacht der Arbeitnehmer zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Sozial-ethisch sind Arbeitsnormen ein internationales und öffentliches Gut, das jedem zur Verfügung steht und niemandem Schaden zufügt, weil alle die gleichen Bedingungen haben. Die grundlegenden Übereinkommen und Rechte formulieren nur Spielregeln für einen ökonomisch und rechtlich fairen Wettbewerb. Zur Förderung der Menschenwürde bei der Arbeit sind sie unabdingbar, zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen allein unzureichend. Diese Normen und Rechte sind nicht in der Lage, materiellen Schutz zu formulieren und zu bieten: Sie garantieren keinen fairen Lohn, keinen ausreichenden Lebensunterhalt, keine soziale Sicherheit und keine gesunden Arbeitsbedingungen.

III. Flexibilisierung: Arbeit wird abermals zur Ware

Charakteristisch für die Zeit, die in Deutschland mit der Sozialen Marktwirtschaft verbunden wird, ist, dass Armut weitgehend bekämpft war. Sie war zwar bittere Realität bei Frauen, Migranten und formal gering Qualifizierte, doch weithin außerhalb der Lohnarbeit. Doch mit der Globalisierung dehnte sich der Markt weltweit aus und ebnete den Weg zu flexiblen Arbeitsverhältnissen in einem global vernetzten Produktionssystem. Dabei trat ein zentrales Merkmal für die Arbeit in Zeiten der Globalisierung zutage: Die Kommerzialisierung der Arbeit. Arbeit ist zu einer Handelsware geworden, die sich flexibel an den Markt anpassen soll, damit sie effizienter und profitabler genutzt werden kann. Die Steigerung des Unternehmenswertes und der Rendite, der „Shareholder value“, wurde zur obersten Maxime guter Unternehmensführung. Die Gewinnmargen werden vorab definiert, die Arbeit muss sich daran flexibel anpassen. Diesem Ziel steht das bisherige Niveau von sozialen Rechten und sozialer Sicherheit entgegen. So wurde eine Vielfalt von neuen Arbeitsformen geschaffen, in der Arbeit unterschiedlich sozial und arbeitsrechtlich absichert sind. So konnten zwar global so viele Menschen wie nie zuvor in

einen Arbeitsmarkt integriert werden, doch gleichzeitig mit immer weniger sozialen Rechten und immer geringerer sozialer Sicherheit. Die neoliberale Globalisierung ist eine strukturelle Respektlosigkeit gegenüber der Würde der Arbeit, denn sie macht Arbeit wieder zu einer bloßen Ware. Sie entkleidet die Arbeit der Menschen des solidarischen Schutzes durch gewerkschaftliche Betätigung und Tarifverträge. Sie verletzt die Würde der Arbeit, indem die Arbeit des Menschen zu austauschbare Arbeitsplätze macht. Sie hat eine neue globale Arbeiterschicht geschaffen: Das Prekariat.

Die Prekarisierung von Erwerbsarbeit ist aber nicht nur eine Folge der neoliberalen Globalisierung. Die Globalisierung kann ohne prekäre Arbeit nicht funktionieren. Die Globalisierung kann global auf möglichst billige Arbeit zugreifen. Sie setzt dabei den Warencharakter der Arbeit durch, indem marktbegrenzende Institutionen und Rechte unter Druck gesetzt werden. War es das Ziel der bisherigen Rechtsentwicklung, die Würde der Arbeit durch die Herausbildung und institutionelle Absicherung des Normarbeitsverhältnisses abzusichern, so wird dieses Ziel jetzt umgedreht. Durch Flexibilisierung und Prekarisierung soll die Arbeit billiger und für Investitionen ertragreicher werden. Soziale Rechte wie Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sind dann nur Restgrößen, die sich flexibel an den Markt anpassen müssen. So steigen die Gewinne und Aktienkurs, während die sozialen und arbeitsrechtlichen Standards von Arbeit sinken. Die Methoden mögen in den Ländern verschieden sein, doch die Folgen sind überall dieselben: Immer mehr Menschen müssen sich mit prekären und unsicheren Jobs durchschlagen, die ihnen keine gesicherte Lebensperspektive bieten. Dies geschieht auch dann, wenn die Wirtschaft gut läuft. So fanden in der Eurozone seit 2012 über fünfeinhalb Millionen Menschen zwar neue Arbeit. Doch vier von fünf dieser neuen Jobs sind Teilzeit, befristet oder niedrig entlohnt. Das trifft vor allem junge Menschen. Mehr als die Hälfte der jungen Arbeitnehmern sind nur auf Zeit angestellt; in Spanien sogar mehr als 70 Prozent.

Auch in Deutschland stieg die Zahl der Erwerbstätigen seit 2003 um über 10 Prozent. Doch es bildet sich nicht die Vollbeschäftigung heraus, sondern eine Vollerwerbsgesellschaft, in der alle irgendwie auch zu unwürdigen Arbeitsbedingungen beschäftigt sind. Zusätzliche Beschäftigung geht zum größten Teil darauf zurück, dass Vollzeit Arbeitsplätze durch Leiharbeit, Werkverträge, Teilzeit- und Minijobs ersetzt wurden. Es gibt über eine Million Leiharbeiter und mehr als zwei Millionen Solo-Selbständige. Die Rückseite des Abbaus von Arbeitslosigkeit ist eine Pluralisierung von Erwerbsarbeit, bei der zuvor bestehende Beschäftigungsverhältnisse entrechtet und sozial entschert werden. Jede nicht sittenwidrige Arbeit wird ohne eine untere Lohngrenze oder Ausbildungsschutz als zumutbar erklärt. Doch es wird kein Weg in eine normale Erwerbsarbeit eröffnet, sondern stattdessen in eine abweichende Form der Beschäftigung verschoben, dann aber erwirken sie eine gesellschaftliche Ausgrenzung. Das führt dazu, dass auch in einem der reichsten Länder dieser Erde es immer mehr Menschen gibt, die arm sind trotz Arbeit. Armut heißt: Sie müssen mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen, das sind rund 1070 Euro im Monat. So ist der Lohn der unteren 40 Prozent der Lohnbezieher real niedriger als vor zwanzig Jahren. Zwar befindet sich noch immer eine große Anzahl von Beschäftigten in einer Zone mit geschützter Vollzeitbeschäftigung und halbwegs intakten sozialen Netzen. Doch darunter expandiert eine Zone der Prekarität mit unsicherer Beschäftigung und geringeren sozialen Rechten. Am untersten Ende entsteht eine Zone der Entkoppelung: die Überzähligen. Von diesen Menschen sagt Papst Franziskus, dass die Globalisierung sie „Müll“ und „Abfall“ gemacht hat, die nicht einmal mehr ausgebeutet werden. Sie sind überflüssige Menschen.

Es verschwindet genau jene Garantie von sozialer Sicherheit und Rechten, die den Arbeitern in ihrer Mehrheit ein Mindestmaß an wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit gewährleistet hatte. Arbeit war mit Rechten verbunden worden. Die Würde der Arbeit durch durchbuchstabiert in

sozialen Rechten. Arbeit wurde zur Grundlage von Rechten. Wie der Bürger im Staat gleiche politische Rechte hat, so besteht die Würde für den Arbeiter darin, dass sie mit Rechten verbunden ist. Die Flexibilisierung der Arbeit in der Globalisierung ist immer auch die Flexibilisierung des Arbeitsrechts.

Zusammengefasst:

- Die sozial entsicherte und prekäre Arbeit ist kein Naturereignis, auch kein Kollateralschaden der Globalisierung, sondern ein systematisches Konzept der neoliberalen Globalisierung.
- Diese neoliberale Globalisierung wurde politisch gemacht, weil sie ökonomisch nützlich ist. Die ILO hatte 1944 in Philadelphia eine Rechtsentwicklung eingeleitet, durch die Arbeit aufhörte, eine Ware zu sein. Arbeit wurde mit Würde versehen, indem sie als Quelle von Rechten geachtet wurde.
- Die Würde der Arbeit wird in den sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechten der Arbeit durchbuchstabieren: Das Recht auf Arbeit, auf einen existenzsichernden Lohn, soziale Sicherheit, auf einen angemessenen Lebensstandard, Rente und soziale Unterstützung bei Unfall oder Krankheit.

Die neoliberale Globalisierung ist ein politisch-ökonomisches Projekt der strukturellen Entwürdigung der Arbeit. Nicht mehr die Arbeit und ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte, sondern die Rechte der Finanzinvestoren und deren Renditeinteressen wurden zum Dreh- und Angelpunkt des flexiblen Kapitalismus. Der Arbeiter mit sozialen Rechten wird demontiert und der Aktionäre privilegiert. Eine Wirtschaft, in der Arbeit systematisch entwürdigt wird, hat Mittel und die Zwecke vertauscht. Wirtschaft ist dann kein Mittel mehr für das Ziel, dass alle Menschen ein Leben in Würde führen können. Diese Entwicklung hat Papst Franziskus in seinem Schreiben *Evangelii Gaudium* so gedeutet:

„Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1–35) hat eine neue und erbarungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel.“ (EG 55)

Wenn die Wirtschaft nicht mehr dem Leben aller dient, sondern nur auf die Mehrung des Gewinns aus ist, dann verfolgt sie kein „wirklich menschliches Ziel“ mehr. Sie wird zu einer Diktatur, die das goldene Kalb anbetet. Als Christen wissen wir, dass der Tanz um das Goldene Kalb schon einmal gescheitert ist.

IV. Widerstand und Alternativen

Papst Franziskus hat in den letzten Jahren regelmäßig Vertreter von sozialer Bewegungen aus der ganzen Welt eingeladen, um mit ihnen über die Lage der Welt und die Themen, Hoffnungen und Probleme dieser Bewegungen zu beraten. Auf diesen Treffen hat er immer wieder eine Formel verwendet, die zusammenfasst, was für die Würde der Arbeiter in einer globalisierten Arbeitswelt von zentraler Bedeutung ist. Beim ersten Treffen im Jahr 2014 sagte er:

„Unser Treffen heute entspricht einem ganz bestimmten Verlangen nach etwas, das jeder Vater und jede Mutter für ihre Kinder wollen; ein Verlangen nach etwas, das für alle zu Verfügung stehen müsste, das wir aber leider heute für die allermeisten in immer weitere Ferne rücken sehen: Landbesitz, ein Dach über dem Kopf und Arbeit („tierra, techo y trabajo“).“

Dann kritisierte, dass sich eine Vielfalt von verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen entwickelt habe, die eines gemeinsam hätten: Arbeitnehmer werden aus dem Arbeitsrecht ausgeschlossen, ihnen wird die Möglichkeit zu gewerkschaftlichem Zusammenschluss verweigert und haben keine ausreichenden und gesicherten Einkünfte. Er forderte deshalb das Recht für alle Arbeitnehmer, „ob sie nun im formalen System der Lohnarbeit drin sind oder nicht, das Recht auf angemessene Entlohnung, soziale Sicherheit und Altersvorsorge“.

An erster Stelle steht, der Arbeit wieder Würde zu verleihen. Arbeit kann nur dann wieder Ausdruck der Würde werden, wenn sie wieder mit sozialen und wirtschaftlichen Rechten versehen wird. Doch ohne Gewerkschaften lassen sich diese Rechte und die Würde der Arbeit nicht durchsetzen.

In der globalen Arbeitswelt des Neoliberalismus herrscht eine strukturelle Respektlosigkeit gegenüber der Würde der Arbeit vor, die regelmäßig und systematisch Menschenrechte missachtet. Arbeits-, Sozial- und Umweltrechte - ob in Entwicklungsländern, in den USA oder in Europa - stellen sich aber nicht von allein ein. Sie müssen durch politischen Druck von unten erkämpft werden. Ziel muss sein, ein neues globales System von Arbeits- und Sozialrechten aufzubauen. Deshalb geht es nicht allein um die Bekämpfung einzelner Probleme, sondern die Systemfrage. Papst Franziskus stellte sie beim Treffen mit den Sozialen Bewegungen in Santa Cruz de la Sierra, Bolivien, im Jahr 2015:

„Erkennen wir, dass dieses System die Logik des Gewinns um jeden Preis durchgesetzt hat, ohne an die soziale Ausschließung oder die Zerstörung der Natur zu denken? Wenn es so ist, dann beharre ich darauf – sagen wir es unerschrocken –: Wir wollen eine Veränderung, eine wirkliche Veränderung, eine Veränderung der Strukturen. Dieses System ist nicht mehr hinzunehmen; die Campesinos ertragen es nicht, die Arbeiter ertragen es nicht, die Gemeinschaften ertragen es nicht, die Völker ertragen es nicht.“

Und als Träger für diese Veränderungen nannte Papst Franziskus vor allem die sozialen Bewegungen. Arbeiter sollen nicht auf die Einsicht ihrer Regierungen warten, welche die derzeitigen Verhältnisse herbeigeführt haben, sondern sich organisieren und ihr Leben selber in die Hand nehmen. Dann sind sie mit den Worten des Papstes „Aussäer von Veränderung.“

Damit die Würde des arbeitenden Menschen wieder geachtet wird, könnte für die notwendigen Kurskorrekturen eine Forderung von Papst Franziskus der entscheidende Schlüssel sein. „Wir müssen – so forderte er – zur Zentralität des Menschen zurückfinden.“ Deshalb hat die KAB auch in ihrem Beschluss des 16. Bundesverbandstags in Krefeld in diesem Jahr zurecht die Grundforderung der Katholischen Soziallehre bekräftigt: „Wir drängen auf die Einlösung des Vorrang der arbeitenden Menschen vor dem Faktor Kapital.“ Dieser Vorrang der Arbeit vor dem Kapital ist das christliche Gegenkonzept zur neoliberalen Globalisierung. Leider ist die Debatte um den Laborismus, für den sich die KAB in den 80er Jahren stark gemacht hatte, verschwunden. Es wäre an der Zeit, sie neu aufzunehmen. Wer die Würde der Arbeit sichern will, der muss sich auch fragen, wie denn ein System aussehen würde, das diese Würde sichert.

Da das Kapital nur instrumentellen Charakter besitzt, Arbeit aber einen personalen, können Arbeit und Kapital nicht gleichwertig sein. Anthropologisch steht Arbeit, nicht aber Kapital mit der Würde des Menschen in einem Zusammenhang. Kapital besitzt keine Würde, die irgendwie mit der anthropologischen Würde vergleichbar wäre. Arbeit ist unmittelbar mit der Person verbunden, was vom Kapital nicht gesagt werden kann. Im Verhältnis zum Kapital kommt der menschlichen Arbeit deshalb eine unvergleichlich höhere anthropologische Bedeutung zu. Eine

Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit zu postulieren, hieße den personalen Charakter des Menschen auf eine Stufe mit dem instrumentellen Charakter des Kapitals zu stellen.

Da Arbeit aber einen personalen Charakter hat und Kapital nur instrumentell ist, können Arbeit und Kapital nicht gleichwertig sein. Deshalb gibt es einen anthropologisch begründeten Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Diese Position ist ein fester Bestandteil der katholischen Soziallehre und wurde in der Sozialzyklika „Laborem exercens“ (1981) bekräftigt. Deshalb braucht der Schutz der Würde des arbeitenden Menschen einen entsprechenden Ausdruck in einer laboristischen Wirtschaftsverfassung. Mit der Forderung nach einem Vorrang der Arbeit vor dem Kapital wird die politisch brisante Forderung wirtschaftsethisch erhoben, die im Kapitalbesitz begründete Machtüberlegenheit zu beseitigen, auszuräumen oder irgendwie unschädlich zu machen.

Die Leitlinie des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital muss in handlungsleitende und praktische Prinzipien übersetzt werden, an denen sich konkrete Schritte zur Transformationsschritte zu mehr Humanität und Solidarität der bestehenden Arbeitsverhältnisse ablesen und beurteilen lassen.

Das erste Prinzip ist die Würde der Arbeit

Die Würde des arbeitenden Menschen muss in soziale Rechte durchbuchstabiert werden. Jeder Arbeiter hat das Recht auf Rechte, die seine Würde schützen. Zur Würde der Arbeit gehört auch, dass alle Arbeiten des Menschen wertgeschätzt werden, nicht nur Erwerbsarbeit. Zur Arbeit gehören auch die Sorgearbeit für den Menschen oder die zivilgesellschaftliche Arbeit

- Transformationsschritte sind nur dann sozial gerecht, wenn sie die Würde aller Formen von Arbeiten und Tätigkeiten von allen stärken.

Das zweite Prinzip ist das Recht auf menschenwürdige Arbeit

Arbeit ist eine Quelle von Rechten. Der Arbeiter hat deshalb das Recht auf Arbeit und das Recht in der Arbeit und von der Arbeit in Würde zu leben.

- Transformationsschritte sind nur dann gerecht, wenn sie das Recht auf Arbeit, die Rechte in der Arbeit und aus Arbeit stärken.

Das dritte Prinzip das Recht auf soziale Sicherheit

Arme Menschen sind vor allem Bürger mit Rechten und nicht Empfänger von Wohltaten. Das Projekt der Armutsbekämpfung ohne Sozialstaat ist heute als globalisierter Diskurs in aller Munde. Soziale Sicherheit auf ein Leben ohne Furcht und Not ist ein Menschenrecht. Soziale Rechte sind kein Hindernis für den Markt oder den globalen Wettbewerb in der Globalisierung.

- Transformationsschritte sind nur dann sozial gerecht, wenn sie dazu beitragen, dass alle und besonders die verletzlichsten Gruppen von Arbeitern gestärkt werden und ein Leben in größerer Sicherheit angesichts von Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Krankheit und im Alter leben können.

Das vierte Prinzip ist die Freiheit

Soziale und wirtschaftliche Menschenrechte sind Freiheitsrechte. Arbeitende Menschen müssen sich auch in der Arbeit freie Menschen sein, die mitbestimmen und mitgestalten können, wie sie arbeiten wollen. Menschenrechte wollen den Menschen frei machen von den Lasten in der Arbeit, aber auch von der Arbeit. Wirtschaft muss dem Leben aller dienen.

- Transformationsschritte sind nur dann sozial gerecht, wenn sie dazu führen, dass Menschen in der Arbeit und von der Arbeit befreit werden.

Die sozialen Rechte in der Arbeit sind die Bedingungen für die Möglichkeit einer anderen Wirtschaft und einer anderen Arbeitswelt, die die Würde des arbeitenden Menschen achtet. Wer

schwach ist, braucht die Stärke des Rechts. Deshalb ist die Re-Reform des Arbeitsrechts eine der wichtigsten Aufgabe in Zeiten der Globalisierung, damit die Würde der Arbeit wieder zu ihrem Recht kommen kann. Die ökonomische Globalisierung braucht an ihrer Seite die Globalisierung sozialer und wirtschaftlicher Rechte. Doch diese Globalisierung sozialer und wirtschaftlicher Rechte kann nur gelingen, wenn es zu einer erneuten Umkehr zur Wertschätzung von Solidarität und Gerechtigkeit kommt.

Weiterführende Literatur

Franz Segbers / Simon Wiesgickl (Hrsg.) »Diese Wirtschaft tötet« (Papst Franziskus) Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 256 Seiten | Hamburg VSA-Verlag in Kooperation mit Publik-Forum | 2015 | 2. Auflage, online:http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Segbers_Wiesgickl_Diese_Wirtschaft_Netz.pdf

Franz Segbers, Ökonomie, die dem Leben dient. Die Menschenrechte als Grundlage einer christlichen Wirtschaftsethik, Kevelaer / Neukirchen Vluyn | 2015

Franz Segbers, Wie Armut in Deutschland Menschenrechte verletzt, 96 Seiten / Oberursel 2016 / Publik-Forum-Edition